

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Voranschlag 2012 und Festsetzung des Steuerfusses
Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2013 – 2015 (IAFP)

Antrag:

1. Die Voranschläge über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen der Stadt Winterthur in der Laufenden Rechnung für das Jahr 2012 werden genehmigt.
2. Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Stadt Winterthur in den Investitionsrechnungen des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2012 werden genehmigt.
3. Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 122 % (2011: 122%) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (CHF 24.- pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.
4. Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan der Stadt Winterthur für die Jahre 2013 bis 2015 wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschal in der Produktgruppe "Städtische Allgemerkosten/Erlöse" eingestellten und vom Grossen Gemeinderat bewilligten Beträge für die Personalmassnahmen im definitiven Budget auf die Lohnkonti der einzelnen Produktgruppen zu verteilen.

Weisung:

Zusammenfassung

Wesentliche Änderungen im Zusammenhang mit dem neuen Finanzausgleich

Die Budgetierung für 2012 steht erstmals unter den Vorgaben des neuen Finanzausgleichs. Die Stadt Winterthur erhält mehr finanziellen Spielraum, muss aber auch mehr finanzielle Verantwortung übernehmen, weil die Defizitgarantie des Kantons gekoppelt mit der jeweiligen 10-prozentigen Eigenkapitalentnahme entfällt. Die Festlegung des Steuerfusses liegt nun ganz in der Kompetenz der Stadt. Die Stadt kann einen Ertragsüberschuss budgetieren und die Rechnung mit einem Gewinn abschliessen, um dadurch die zurzeit noch sehr dünne Eigenkapitalbasis zu vergrössern.

Die wichtigsten Änderungen des neuen Finanzausgleichs werden in der Folge kurz dargestellt:

Ressourcenausgleich: Der bisherige Steuerkraftausgleich wird durch den Ressourcenausgleich abgelöst. Betragsmässig ändert sich für die Stadt Winterthur wenig, weil die Höhe dem alten Steuerkraftausgleich ähnelt. Neu ist, dass das Bemessungsjahr um ein Jahr vorverschoben wird, damit die Höhe schon während der Budgetierung bekannt ist, und nicht erst während der Abwicklung des Rechnungsjahres.

Zentrumslastenausgleich: Der frühere Steuerfussausgleich, der indirekte Finanzausgleich und einige Staatsbeiträge im Kultur- und Baubereich werden durch den Zentrumslastenausgleich ersetzt. Neu am Zentrumslastenausgleich ist, dass der Betrag gesetzlich festgesetzt ist und nur der Teuerung angepasst wird. Er ist nicht jedes Jahr verhandelbar, wie das der alte Steuerfussausgleich war. Zudem wird er immer im vollen Umfang ausbezahlt. Die Eigenkapitalentnahme und die Kürzungen bei besserem Abschneiden der Rechnung entfallen. Der Zentrumslastenausgleich wurde anfänglich von der Zürcher Regierung auf CHF 75 Mio. festgesetzt, was für die Stadt Winterthur deutlich zu wenig gewesen wäre. Dieser Betrag hätte die bestehenden kantonalen Zahlungen nicht kompensiert. Die Stadt Winterthur konnte den Kantonsrat überzeugen, den Zentrumslastenausgleich um CHF 11 Mio. auf CHF 86 Mio. zu erhöhen. In der Folge wurde gegen die Höhe der Zentrumslastenausgleichs der Städte Zürich und Winterthur das konstruktive Referendum ergriffen. Bei der Abstimmung im Mai 2011 wurde der Vorschlag des Kantonsrats mit einer sehr soliden Mehrheit von 73,7 % durch den Souverän gutgeheissen; die Stadt Winterthur konnte aufatmen und musste im laufenden Budgetprozess für das Jahr 2012 keine einschneidenden Massnahmen vorsehen.

Restliche Instrumente: Die anderen Instrumente des neuen Finanzausgleichs haben für die Stadt keine Bedeutung.

Vorgaben des Stadtrats: Im Januarseminar 2011 hat sich der Stadtrat mit den Auswirkungen des neuen Finanzausgleichs auseinandergesetzt und zwei wichtige Parameter festgelegt: Der Steuerfuss soll wie im Vorjahr bei 122 % bleiben und das Budget 2012 soll mit einem Ertragsüberschuss im mittleren einstelligen Millionenbereich abschliessen. Dieses Ziel konnte in der Folge mit grossen Anstrengungen (letzte Sparrunde in den Sommerferien) knapp erreicht werden. Dies ist wichtig, weil beim Ressourcenausgleich das Jahr 2012 als Übergangsjahr eine Ausnahme darstellt. Die Beitragshöhe für 2012 wird aus dem Durchschnitt der letzten drei Jahre errechnet und ist dadurch um rund CHF 20 Mio. höher als bei der zukünftig vorgesehenen Berechnung.

Städtische Umsatzentwicklung 2012: Der Gesamtaufwand steigt gegenüber dem Vorjahr insbesondere wegen der Änderungen durch den neuen Finanzausgleich um CHF 92,6 Mio. (6,9 %) auf CHF 1,426 Mrd. Effektiv macht die Steigerung im steuerfinanzierten Bereich jedoch nur einen guten Drittel, nämlich CHF 34,5 Mio. (3,2 %) aus. Dies aus folgenden Gründen: Ein Viertel der Umsatzsteigerung entfällt auf den gebührenfinanzierten Bereich. Somit bleiben im steuerfinanzierten Bereich noch CHF 68 Mio. Im alten Finanzausgleichssystem musste die Stadt dem Kanton für die Löhne der Lehrpersonen circa CHF 25,5 Mio. weniger abliefern, dafür war auch der Steuerfussausgleich um diesen Betrag tiefer. Daher erschienen diese CHF 25,5 Mio. nicht im Umsatz. Zusätzlich stammen im steuerfinanzierten Teil CHF 8 Mio. aus höheren internen Verrechnungen. Diese beiden Beträge (CHF 25,5 Mio. und CHF 8 Mio.) müssen von den CHF 68 Mio. abgezogen werden, damit die effektive Umsatzsteigerung des steuerfinanzierten Bereichs (CHF 34,5 Mio.) errechnet werden kann. Bei einem Gesamtaufwand im steuerfinanzierten Bereich von CHF 1,086 Mrd. entspricht das einer Steigerung von 3,2 %.

Gliederung des Voranschlags

Teil A:

- Einleitung zum Budget und IAFP
- Übersichten mit 4-stelligen Kostenarten der Laufenden Rechnung der Stadt und der Departemente.
- Übersicht Produktgruppen (Aufwand, Ertrag und Ergebnis)
- Investitionsrechnung
- funktionale Gliederung
- Anhang: Departementssekretariate, Kontrolle der Investitionskredite, Beiträge an Dritte, Abschreibungstabelle, Spezialfinanzierungen, Finanzplan und Kennzahlen.

Teil B:

- Globalbudgets mit den Globalkrediten, den parlamentarischen Zielvorgaben und den zusätzlichen Informationen der Produktgruppen
- integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP)
- Kontrolle der Globalkredite.

Wesentliche Änderungen in der Laufenden Rechnung

Die Laufende Rechnung 2012 zeigt folgendes Bild:

▪ Festsetzung des Steuerfusses auf 122 % der einfachen Staatssteuer		
▪ Aufwendungen (bereinigt)	in Mio. CHF	1'223,1
▪ Erträge (bereinigt)	in Mio. CHF	1'227,9
▪ Ertragsüberschuss	in Mio. CHF	4,8

Beim **Aufwand** sind folgende Positionen zu erwähnen:

- Der Personalaufwand steigt um CHF 10,1 Mio. (2,3 %). Dies ist gut zur Hälfte auf Personalmassnahmen (0,7 % Teuerung, Erfahrungsstufe und Leistungsanteil von CHF 1 Mio.) und auf Stellenvermehrungen zurückzuführen.
- Der Sachaufwand erhöht sich um knapp CHF 1,3 Mio. (0,9 %). Dies ist gegenüber den Vorjahren eine deutliche Abschwächung der Zuwachsrate.
- Der Zinsaufwand ist gegenüber dem Budget 2011 um CHF 4,6 Mio. (16 %) gestiegen. Ab der Rechnung 2010 ergeben sich höhere Investitionen als vorgesehen, der Bonitätszuschlag gegenüber der Pensionskasse ist höher geworden und zurzeit werden Refinanzie-

rungen mit neu sehr hohen Laufzeiten abgelöst, was kurzfristig zu höheren Gebühren führt, mittel- und langfristig das Zinsniveau aber senkt.

- Durch die intensive Investitionstätigkeit nehmen die Abschreibungen um CHF 15,9 Mio. (15,5 %) zu.
- Die höheren Kosten für den Energieankauf von Stadtwerk (CHF 2,4 Mio.; 2,9 %) werden durch den Verkaufserlös kompensiert.
- Die Kontengruppe Entschädigung für Dienstleistungen anderer Gemeinwesen steigt um CHF 30,2 Mio. (53 %). Wegen des neuen Finanzausgleichs steigt der Gemeindebeitrag an die Besoldungen der Lehrpersonen von 54,8 % auf 80 %, was den Löwenanteil (CHF 25,5 Mio.) ausmacht. Der Rest ist auf die kantonale Besoldungsrevision bei den Lehrpersonen und auf Stellenvermehrungen zurückzuführen.
- Die Beiträge an Dritte erfahren wie schon seit Jahren eine deutliche Kostenzunahme (CHF 17,7 Mio.). Allerdings sind in diesem Jahr v.a. wegen des neuen Finanzausgleichs und der neuen Pflegefinanzierung einige markante Verschiebungen zu verzeichnen. Eine detaillierte Aufstellung der Veränderungen ist weiter hinten nachzulesen (vgl. Seiten 7/8).
- Die internen Verrechnungen steigen um mehr als CHF 11,7 Mio. Dies ist eine Folge der hohen Investitionstätigkeit. Dadurch erhöhen sich die kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen. Zudem haben sich innerhalb der Produktgruppen Informatikdienste, Entsorgung und Stadtwerk die internen Verrechnungen um CHF 2,9 Mio. erhöht.

Auf der **Einnahmenseite** fallen folgende Positionen ins Gewicht:

- Trotz des Ausgleichs der kalten Progression setzt sich bei den Steuern der Aufwärtstrend fort, was CHF 2,9 Mio. höhere Einnahmen bringt.
- Der Vermögensertrag steigt wegen der Auflösung der Fortuna Obertor AG und leicht höheren Buchgewinnen bei der PG Immobilien (CHF 6,2 Mio.; 27,7 %).
- Die Einnahmen aus Entgelten steigen um CHF 25,4 Mio. (6,4 %). Fast die Hälfte ist auf Mehreinnahmen im Bereich Alter und Pflege wegen der neuen Pflegefinanzierung zurückzuführen. Ein weiteres Drittel entsteht aus höheren Einnahmen bei den gebührenfinanzierten Betrieben (Entsorgung und Stadtwerk). Der Rest ist aus verschiedenen, zum Teil auch gegenläufigen Entwicklungen zusammengesetzt. Die an sich positive Einnahmentwicklung wird wegen der Hallenbadsanierung und der Beendigung des Restaurantprojekts Römerpark etwas gebremst.
- Die Einnahmen aus den Anteilen ohne Zweckbindung widerspiegeln die Änderungen durch den neuen Finanzausgleich (CHF 45,8 Mio.; 35,9 %). Der Ressourcenausgleich erhöht sich im Übergangsjahr 2012 einmalig um CHF 10 Mio. auf CHF 80 Mio. und liegt somit vorderhand auf gleicher Höhe wie der alte Steuerfussausgleich; den Rest der Erhöhung steuert der Zentrumslastenausgleich bei. Hier ist zu berücksichtigen, dass dieser auch den indirekten Finanzausgleich bei der Schule und wesentliche Kulturbeiträge im Departement Kulturelles und Dienste abdeckt.
- Die Rückerstattungen erhöhen sich um CHF 5,7 Mio. (8,9 %). Über die Hälfte fällt bei Stadtbus ergebnisneutral an. CHF 1 Mio. entsteht bei der Sonderschulung.
- Die Beiträge mit Zweckbindung verringern sich in der Summe um CHF 6,7 Mio. (5,4 %). Die Mindereinnahmen fallen wie schon erwähnt wie folgt an: circa CHF 6 Mio. im Kulturbereich, Kürzungen bei der Sonderschulung sowie wegfallende Beiträge bei Alter und Pflege als Folge der neuen Pflegefinanzierung. Wegen der höheren Fallzahlen bei der Sozial- und Erwachsenenhilfe ergeben sich dagegen deutlich mehr Subventionen.

LAUFENDE RECHNUNG

(Alle Zahlen in Tausend CHF)

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Aufwand	1'324'435	1'333'241	1'425'825	-92'584	6.9
Interne Verrechnungen	203'712	191'007	202'745	-11'738	6.1
bereinigter Aufwand	1'120'723	1'142'234	1'223'081	-80'846	7.1
Ertrag	1'321'472	1'330'551	1'430'627	-100'076	7.5
Interne Verrechnungen	203'712	191'007	202'745	-11'738	6.1
bereinigter Ertrag	1'117'759	1'139'544	1'227'882	-88'338	7.8
Ergebnis	2'963	2'690	-4'801	7'491	
Personalaufwand	431'240	438'789	448'846	-10'057	2.3
Sachaufwand	140'206	145'264	146'536	-1'272	0.9
Passivzinsen	32'265	28'337	32'900	-4'563	16.1
Abschreibungen	97'207	103'131	119'074	-15'943	15.5
Energie- und Rohmaterialankauf	89'367	97'074	99'159	-2'086	2.1
Dienstleistungen anderer Gemeinwesen	57'106	57'437	87'663	-30'226	52.6
Betriebs- und Defizitbeiträge	252'733	263'052	280'702	-17'650	6.7
Durchlaufende Beiträge	877	934	934	0	0.0
Einlagen in Spezialfinanzierungen	19'723	8'216	7'266	950	11.6
Interne Verrechnungen	203'712	191'007	202'745	-11'738	6.1
Steuern	359'905	390'496	393'359	-2'863	0.7
Erträge aus Regalien und Konzessionen	987	762	878	-115	15.1
Vermögenserträge	32'904	22'259	28'424	-6'164	27.7
Entgelte	401'972	398'089	423'454	-25'365	6.4
Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	128'512	127'706	173'506	-45'800	35.9
Rückerstattungen von Gemeinwesen	64'325	64'459	70'190	-5'731	8.9
Beiträge mit Zweckbindung	118'478	124'604	117'898	6'706	5.4
Durchlaufende Beiträge	877	934	934	0	0.0
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	9'800	10'234	19'239	-9'005	88.0
Interne Verrechnungen	203'712	191'007	202'745	-11'738	6.1

ERLÄUTERUNGEN ZUM AUFWAND

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Personalaufwand	431'240	438'789	448'846	-10'057	2.3
Behörden und Kommissionen	1'728	1'908	1'521	387	20.3
Löhne Verwaltungs-/Betriebspersonal	302'706	308'027	314'475	-6'448	2.1
Löhne Lehrkräfte	37'487	36'922	38'714	-1'792	4.9
Sozialleistungen	66'176	68'065	70'840	-2'775	4.1
übriger Personalaufwand	1'121	916	946	-30	3.2

Lohnmassnahmen

Vorgaben Personalstatut: Gemäss § 55 Abs. 1 Personalstatut ist der Lohn jeweils auf den 1. Januar entsprechend dem Zürcher Index des vorangehenden Novembers an die Teuerung anzupassen. Die Teuerungsanpassung wird in den Grundlohn eingebaut und versichert. Gemäss § 47 Personalstatut wird für mindestens mit "gut" qualifizierte Angestellte der Lohn jeweils auf Beginn des Kalenderjahres um die nächste Lohnstufe erhöht (Erfahrungsanteil). Sodann kann den mit «sehr gut» oder «vorzüglich» qualifizierten Angestellten ein Leistungsanteil ausgerichtet werden. Der Stadtrat legt die entsprechende Quote fest. Der Teuerungs-

ausgleich, die Erhöhung der Lohnstufe (Erfahrungsanteil) und eine Leistungsquote bilden die ordentliche Regelung. Gemäss § 46 Abs. 2 und § 55 Abs. 1 Personalstatut kann der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat aus finanzpolitischen Gründen ausnahmsweise den Verzicht auf alle oder einzelne Lohnmassnahmen beantragen.

Antrag Stadtrat: Der Stadtrat schlägt aufgrund des positiven Budgets dem Grossen Gemeinderat vor, die Lohnmassnahmen gemäss Personalstatut umzusetzen. Die Leistungsquote ist mit CHF 1 Mio. und die Teuerung mit 0,7 % im Budget berücksichtigt.

Verteilung der Lohnmassnahmen: Die Beträge für die Lohnmassnahmen werden im Budgetantrag des Stadtrats jeweils pauschal in der Produktegruppe "städtische Allgemeynkosten/Erlöse" eingestellt. Mit dem definitiven vom Grossen Gemeinderat bewilligten Budget werden diese Beträge auf die einzelnen Produktegruppen verteilt.

Stellenplanveränderungen

Gestützt auf § 8 Personalstatut informiert der Stadtrat den Grossen Gemeinderat über die Veränderungen im Stellenplan, welcher die Stellen des Verwaltungs- und Betriebspersonals der Lohnklassen 1 bis 20 enthält. Die Stellenplanveränderungen werden detailliert in den Globalbudgets des Teils B aufgezeigt. Folgende Tabelle gibt über die geplanten Veränderungen pro Departement eine Übersicht.

Departement	VO 2011	VO 2012	Abw.
Kulturelles und Dienste	194.75	200.15	5.40
Finanzen	179.77	182.10	2.33
Bau	300.00	301.60	1.60
Sicherheit und Umwelt	364.21	370.08	5.87
Schule und Sport	407.02	443.00	35.98
Soziales	937.12	936.17	-0.95
Technische Betriebe	708.43	708.19	-0.24
Stadtkanzlei	19.95	19.95	0.00
Total	3'111.25	3'161.24	49.99

Der Stellenplan des Departements Schule und Sport wurde bereinigt, das heisst, es wurden 25,61 bereits vorhandene Stellen beim Reinigungspersonal in den Stellenplan aufgenommen. Das sind keine neuen Stellen; sie werden lediglich erstmals im Stellenplan ausgewiesen. Bis jetzt waren diese Stellen jeweils nur betragsmässig im Budget und der Rechnung vorhanden. Somit ergeben sich für die ganze Stadt effektiv 24,39 neue Stellen, wovon 3,29 durch zusätzliche Einnahmen finanziert sind.

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Sachaufwand	140'206	145'264	146'536	-1'272	0.9
Büro-, Schulmaterial und Drucksachen	6'685	8'582	8'535	47	0.5
Anschaffungen Mobilien	9'146	10'282	10'903	-621	6.0
Wasser, Energie, Heizmaterial	729	984	1'101	-117	11.9
Betriebs-/Verbrauchsmaterial	20'064	20'103	20'769	-666	3.3
Baulicher Unterhalt	28'571	28'715	27'155	1'560	5.4
Unterhalt Mobilien	12'181	12'991	12'655	336	2.6
Mieten u. Benützungskosten	11'758	11'194	11'627	-433	3.9
Spesenentschädigungen	4'625	5'204	5'278	-74	1.4
Dienstleistungen Dritter	44'680	44'063	45'180	-1'117	2.5
Allgemeiner Sachaufwand	1'767	3'146	3'333	-187	5.9

Insgesamt bewegt sich die Zunahme des Sachaufwands im Rahmen der Teuerung. Allerdings ergeben sich zwischen den Kontenarten und den Produktgruppen grössere Verschiebungen. Bei der Informatik entstehen wegen der Umstellung auf eine neue Softwareversion höhere Kosten. Dies ist bei den Kontengruppen "Anschaffungen Mobilien", "Mieten und Benützungskosten" sowie "Dienstleistungen Dritter" ersichtlich. Der Anstieg beim Gebrauchs- und Betriebsmaterial ist durch die gebührenfinanzierten Betriebe und die Produktgruppe Tiefbau bestimmt.

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Passivzinsen	32'265	28'337	32'900	-4'563	16.1

Die Zinsen sind gegenüber dem Budget 2011 um CHF 4,6 Mio. höher und bewegen sich mit CHF 32,9 Mio. nur um CHF 0,63 Mio. über dem Niveau der Rechnung 2010. Drei Gründe sind für diese Entwicklung massgebend, die schon im Jahr 2010 eingesetzt hat: Die Investitionstätigkeit sowohl im allgemeinen Verwaltungsvermögen als auch im Verwaltungsvermögen der städtischen Betriebe ist deutlich höher als angenommen. Der Bonitätszuschlag (Risiko) für die Stadt gegenüber der Pensionskasse ist deutlich höher geworden, so dass die Zinszahlungen an die Pensionskasse steigen. Wegen der günstigen Zinslage ist die Stadt dazu übergegangen, beim Ersatz von Refinanzierungen oder bei der Beschaffung von neuem Fremdkapital sehr lange Laufzeiten auszuhandeln. Dies gibt im 1. Jahr der Laufzeit hohe Gebühren, dafür wird der gute Zinssatz über Jahre gesichert.

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Abschreibungen	97'207	103'131	119'074	-15'943	15.5

Die Abschreibungsbasis für Investitionen im allgemeinen Verwaltungsvermögen musste erneut um CHF 10 Mio. auf CHF 80 Mio. erhöht werden. Zudem übertrafen im letzten Jahr die Investitionen das Budget. Daher ergab sich im allgemeinen Verwaltungsvermögen eine starke Erhöhung bei den Abschreibungen. Auch im Verwaltungsvermögen der städtischen Betriebe steigen die Abschreibungen nicht zuletzt wegen der hohen Investitionen in die städtische Kehrrichtverbrennungsanlage.

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Energie- und Rohmaterialankauf	89'367	97'074	99'159	-2'086	2.1

Die Veränderung zeigt vor allem die Volatilität der Preise im Energiesektor.

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Dienstleistungen anderer Gemeinden	57'106	57'437	87'663	-30'226	52.6

In dieser Kontengruppen wird der Anteil der Kosten an die Löhne der Lehrpersonen dargestellt, welchen die Stadt dem Kanton entrichten muss. Im Zuge des neuen Finanzausgleichs ist der indirekte Finanzausgleich abgeschafft worden. Das heisst, dass neu alle Gemeinden gleichviel (80 %) an die Besoldungen bezahlen müssen. Zusätzlich steigen die Kosten infolge der kantonalen Besoldungsrevision bei den Lehrpersonen.

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Betriebs- und Defizitbeiträge	252'733	263'052	280'702	-17'650	6.7

In dieser Kontengruppe sehen die Veränderungen mit über CHF 0,5 Mio. Differenz wie folgt aus:

Mehraufwände in Mio. CHF:

- 20,2 Sozial- und Erwachsenenhilfe brutto; nach Abzug der Rückerstattungen und Subventionen beträgt die Nettozunahme noch circa CHF 4 Mio.
- 5,0 Rückstellung für die Pensionskasse;
- 1,7 Sonderschulung;
- 1,5 Asylwesen, ist ergebnisneutral, da vom Bund refinanziert;
- 0,9 Kulturbereich;
- 0,9 öffentlicher Verkehr;
- 0,6 Familienunterstützende Angebote;
- 0,5 Jugend- und Familienhilfe.

Minderkosten in Mio. CHF:

- 13,5 Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich: Insbesondere werden die Gemeinden bei der Finanzierung der Kantonsspitäler entlastet, weil sie sich an diesen Kosten nicht mehr beteiligen müssen.
- 0,7 Der Beitrag von Stadtwerk an den steuerfinanzierten Bereich wird hier budgetiert. Die Reduktion ergibt auch Mindereinnahmen für den steuerfinanzierten Bereich der Stadt.

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Durchlaufende Beiträge	877	934	934	0	0.0
Einlagen in Spezialfinanzierungen	19'723	8'216	7'266	950	11.6
Interne Verrechnungen	203'712	191'007	202'745	-11'738	6.1

Die Veränderung bei den Einlagen in die Spezialfinanzierungen widerspiegelt die Resultate der gebührenfinanzierten Bereiche.

Die Zunahme bei den internen Verrechnungen ist auf höhere kalkulatorische Kapitalkosten und zusätzliche interne Verrechnungen innerhalb von gebührenfinanzierten Produktgruppen zurückzuführen.

ERLÄUTERUNGEN ZUM ERTRAG

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Steuern	359'905	390'496	393'359	2'863	0.7
ordentliche Steuern	340'153	365'616	368'464	2'848	0.8
Grundsteuern	18'415	24'000	24'000	0	0.0
übrige Steuern	455	480	480	0	0.0

Da im Budgetjahr 2012 die kalte Progression ausgeglichen wird, ergibt sich gegenüber den Vorjahren eine deutlich geringere Erhöhung der Steuererträge.

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Erträge Regalien und Konzessionen	987	762	878	115	15.1
Vermögenserträge	32'904	22'259	28'424	6'164	27.7

Wegen der Liquidation der Fortuna-Obertor AG ergibt sich ein einmaliger zusätzlicher Ertrag.

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Entgelte	401'972	398'089	423'454	25'365	6.4
Gebühren für Amtshandlungen	16'027	15'770	16'214	444	2.8
Spital-/Heimtaxen, Pensionsgelder	71'154	74'802	76'034	1'233	1.6
Benützungs-, Dienstleistungsentgelte	85'317	84'233	88'424	4'192	5.0
Verkaufserlöse	10'965	10'222	11'956	1'734	17.0
Rückerstattungen	55'283	49'504	58'161	8'657	17.5

Wasser-/Energieverkäufe	135'931	137'961	142'240	4'279	3.1
Andere Entgelte	27'295	25'597	30'425	4'828	18.9

Die Entgelte nehmen über die ganze Stadt um CHF 25 Mio. zu. Dies hat eine Vielzahl von Gründen. Hier werden die wichtigsten aufgelistet:

Mehrerträge in Mio. CHF:

- 10,8 Wegen der Kostensteigerung bei der Sozial- & Erwachsenenhilfe ergeben sich auch mehr Rückerstattungen;
- 8,2 Mehrerträge bei den gebührenfinanzierten Betrieben;
- 4,3 Mehrerträge bei Alterszentren und Spitex im Zusammenhang mit der neuen Pflegefinanzierung; zudem wurden die Einnahmen im Budget 2011 zu tief veranschlagt;
- 1,0 Volksschule, Details sind im Teil B des Budgets nachzulesen;
- 0,5 Mehr Baugesuche bei der Baupolizei erhöhen die Gebühreneinnahmen;
- 0,4 höhere externe Erträge bei der Materialverwaltung, weil diese im Jahr 2011 um 20 % zu tief budgetiert waren.

Mindererträge in Mio. CHF:

- 0,4 Sanierung Hallenbad Geiselweid;
- 0,7 Schliessung des Restaurants Römerpark (PG Koordinationsstelle Arbeitsprojekte).

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	128'512	127'706	173'506	45'800	35.9

Die Erhöhung ist eine Folge des neuen Finanzausgleichs. Der neue Ressourcenausgleich ist gegenüber dem im Jahr 2011 budgetierten Steuerkraftausgleich um CHF 10 Mio. höher. Der Zentrumslastenausgleich, welcher den ehemaligen Steuerfussausgleich ersetzt, ist um CHF 36 Mio. höher. Mit dem Zentrumslastenausgleich wird allerdings auch der alte indirekte Finanzausgleich abgegolten, der ersatzlos wegfällt.

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Rückerstattungen von Gemeinwesen	64'325	64'459	70'190	5'731	8.9

Der Betrieb von Stadtbus hat sich vergrössert, was sich nun auch in den Rückerstattungen zeigt. Das Gleiche gilt für das Asylwesen.

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Beiträge mit Zweckbindung	118'478	124'604	117'898	- 6'706	5.4
Bundesbeiträge	20'445	21'812	22'202	390	1.8
Staatsbeiträge	85'385	86'414	79'232	- 7'182	8.3
Verwaltungsbeiträge	200	1'905	2'450	545	28.6
andere Beiträge	12'448	14'473	14'014	- 512	3.2

In dieser Kontengruppe gibt es stark gegenläufige Tendenzen, die aber in der Summe eine Verringerung von CHF 6,7 Mio. ergeben. Die wichtigsten Veränderungen zeigt folgende Aufstellung:

Mehrerträge in Mio. CHF:

- 5,2 Sozial- und Erwachsenenhilfe;
- 0,8 Berufsbildung;
- 0,3 Familienunterstützende Angebote;

Mindererträge in Mio. CHF:

- 6,3 Wegen des neuen Finanzausgleichs wird ein grosser Teil der Kulturbeiträge in den Zentrumslastenausgleich verschoben;
- 2,8 Wegen der neuen Pflegefinanzierung entfallen die kantonalen Beiträge bei der Spitex;
- 1,7 Wegen des neuen Finanzausgleichs gibt es bei der Sonderschulung bei den Beiträgen nur noch einen Einheitssatz, was für Winterthur mit Einbussen verbunden ist.
- 1,0 Wegen des neuen Finanzausgleichs wird ein grosser Teil der Beiträge im Tiefbau in den Zentrumslastenausgleich verschoben;
- 0,6 Tieferer Beitrag von Stadtwerk an den steuerfinanzierten Bereich der Stadtverwaltung;
- 0,5 Geringere Beiträge bei der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte;
- 0,4 Mindererträge bei den gebührenfinanzierten Betrieben.

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Durchlaufende Beiträge	877	934	934	0	0.0
Spezialfinanzierungen / Stiftungen	9'800	10'234	19'239	9'005	88.0
Interne Verrechnungen	203'712	191'007	202'745	11'738	6.1

Die Entnahme aus den Spezialfinanzierungen entspricht den Finanzierungsbedürfnissen der gebührenfinanzierten Betriebe.

Zu den internen Verrechnungen wird auf die Begründung beim Aufwand verwiesen.

INVESTITIONSRECHNUNG

(Alle Zahlen in Mio. CHF)

Nettoinvestitionen ins Allgemeine Verwaltungsvermögen:

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Total Ausgaben	91'135	106'476	132'675	26'199	24.6
Total Einnahmen	24'869	26'740	26'703	37	0.1
Nettoinvestitionen	66'265	79'736	105'972	26'236	32.9
In Voranschlag gebracht	60'000	70'000	80'000	- 10'000	14.3

Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen der Städtischen Betriebe:

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Total Ausgaben	112'676	178'789	195'901	17'112	9.6
Total Einnahmen	13'192	9'005	8'925	80	0.9
Nettoinvestitionen	99'484	169'784	186'976	17'192	10.1

Nettoinvestitionen ins Finanzvermögen:

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Total Ausgaben	36'459	15'730	20'120	4'390	27.9
Total Einnahmen	19'052	7'100	7'100	0	0.0
Nettoinvestitionen	17'407	8'630	13'020	4'390	50.9

Total Nettoinvestitionen:

	RE 2010	VO 2011	VO 2012	Abw. zu Vorjahr	%
Gesamte Investitionen (Budgetprogramm)	183'157	258'150	305'968	-47'818	18.5
in den Voranschlag aufgenommen		248'414	279'996	-31'582	12.7

Das **Investitionsprogramm des allgemeinen Verwaltungsvermögens** ist mit rund CHF 106 Mio. deutlich höher als im Vorjahr. Angesichts des hohen und dringenden Investitionsbedarfs der Stadt wurde die Abschreibungsbasis ein weiteres Mal um CHF 10 Mio. auf neu CHF 80 Mio. angehoben. Die Auflistung der Projekte und der Jahrestanchen kann dem Programm der Investitionskredite entnommen werden.

Auch das **Investitionsprogramm der städtischen Betriebe** ist sehr hoch. Die grössten Investitionsprojekte sind: die Kehrrichtverbrennungsanlage (CHF 50 Mio.), die Beteiligung an erneuerbarer Stromproduktion (CHF 20 Mio.) und das Projekt "Fiber to the Home" (CHF 15 Mio.).

GLOBALBUDGETS

Die Globalbudgets werden mit folgender Gliederung dargestellt:

- **Allgemeine Umschreibung** und Auftrag der Produktegruppe, Umschreibung der Produkte, Rechtsgrundlagen und verantwortliche Leitung;
- **Beschlussteil** mit den parlamentarischen Zielvorgaben und dem Globalkredit;
- **Informationsteil** mit den wesentlichen Angaben für jede Produktegruppe für die parlamentarische Steuerung und Kontrolle.

Der **Globalkredit** wird als Nettokredit bewilligt. Die Organisationseinheiten sind nur an den bewilligten Globalkredit ihrer Produktegruppe gebunden und berechtigt, im Rahmen des Globalkredites die Mittel zwischen Produkten und Detailkonti zu verschieben. Voraussetzung ist, dass der Auftrag der Produktegruppe sowie alle weiteren massgebenden Rechtsgrundlagen eingehalten und die vom Grossen Gemeinderat beschlossenen Zielvorgaben erfüllt werden. Für alle grösseren neuen Ausgaben bleibt die zusätzliche Einzelbewilligung (Verpflichtungskredit) der zuständigen Behörde (Stadtrat, Grosser Gemeinderat oder Volksabstimmung) vorbehalten.

Die **parlamentarischen Zielvorgaben** umschreiben die jährlichen Leistungsziele. Damit bestimmt der Grosse Gemeinderat, in welchem Umfang und in welcher Qualität die Leistungen einer Produktegruppe im Budgetjahr zu erbringen sind. Den Zielvorgaben sind quantitative und qualitative Indikatoren zur Leistungsmessung zuzuordnen, damit am Jahresende die Zielerreichung festgestellt werden kann. Die Zielvorgaben beziehen sich auf die Produktegruppe. Lassen sich auf dieser Ebene keine geeigneten Zielvorgaben bestimmen, können sich die Steuerungsvorgaben auch auf einzelne Produkte beziehen, die hinsichtlich Mitteleinsatz, Qualität oder Folgen für die Öffentlichkeit von besonderer Bedeutung sind.

Der **Informationsteil** enthält für jede Produktegruppe nähere Angaben zur Steuerung und Kontrolle der einzelnen Produkte und Leistungen. Zudem gibt er Aufschluss über das Investitionsvolumen und wichtige Massnahmen und Projekte der jeweiligen Produktegruppe. Die Abweichungsbegründungen beziehen sich auf die letzte abgeschlossene Rechnung sowie den Voranschlag des Vorjahres. Zu begründen sind nur wesentliche Abweichungen.

Stadtwerk Winterthur legt als Informationsteil zum Globalbudget seinen **Profitcenter-Bericht** vor.

ÄNDERUNGEN VON PARLAMENTARISCHEN ZIELVORGABEN

Bei den folgenden Produktgruppen wurden Änderungen bei den Parlamentarischen Zielvorgaben beantragt:

Theater Winterthur, Finanzamt, Vermessung, Materialverwaltung, Familienunterstützende Angebote, Stadtwerk, Stadtbuss, Finanzierung öffentlicher Verkehr.

Die Änderungen sind im Beschlussteil der jeweiligen Produktgruppe ersichtlich.

INTEGRIERTER AUFGABEN- UND FINANZPLAN (IAFP)

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) gibt Auskunft über das Budgetjahr und die Entwicklungen der folgenden drei Planjahre hinsichtlich der Globalkredite, parlamentarischen Zielvorgaben, vorgesehenen und bewilligten Investitionen sowie der wesentlichen Massnahmen, Projekte und Entwicklungen. Insbesondere soll er aufzeigen, wie die stadträtlichen Legislatorschwerpunkte mit den definierten Vorhaben von hoher Bedeutung umgesetzt werden.

WÜRDIGUNG DES VORANSCHLAGES 2012

Zum ersten Mal seit sehr langer Zeit kann der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat einen Voranschlag mit einem bescheidenen Ertragsüberschuss vorlegen. Dies ist möglich, weil im neuen Finanzausgleichssystem die Usanz der 10-prozentigen Eigenkapitalentnahme entfällt. Im Gegenzug wird die kantonale Defizitgarantie abgeschafft. Die Festlegung des Steuerfusses liegt somit ganz in der Kompetenz und Verantwortung der Stadt. Da die Stadt nur über ein sehr schmales Eigenkapitalpolster verfügt, ist der budgetierte Ertragsüberschuss sehr wichtig.

Zum Einen ist das Jahr 2012 bei der Bemessung des Ressourcenausgleichs ein Ausnahmejahr, indem als Bemessungsgrundlage für die Beitragshöhe im Sinne einer Übergangsregelung auf die letzten drei Jahre abgestellt wird. Der Ressourcenausgleich fällt deshalb im 2012 deutlich höher aus, als dies in den Folgejahren der Fall sein wird. Schon für das Jahr 2013 sinkt die Ausgleichszahlung auf die deutlich niedrigere Höhe des aktuellen Jahres. An der grundsätzlich eher sehr knappen Finanzsituation der Stadt Winterthur hat auch der neue Finanzausgleich nicht viel geändert, obschon die Stadt neu etwas mehr Mittel erhält.

Zum Anderen wächst die Einwohnerzahl der Stadt nach wie vor, weshalb der Ausbau und Erhalt der Infrastruktur ungebrochen ist. Dies schlägt sich auch im Voranschlag 2012 mit höheren Abschreibungen und Zinsen durch.

Sodann sind die Kostensteigerungen in der Schule sowie der Sozial- und Erwachsenenhilfe ein Dauerthema.

Diese drei Faktoren werden auch in den zukünftigen Jahren wesentlich den höheren Finanzbedarf der Stadt bestimmen. Wenn sich zusätzlich abzeichnet, dass die Mittel knapper werden, ist das sowohl für die Verwaltung, den Stadtrat und den Grossen Gemeinderat als auch für die Winterthurer Bevölkerung eine grosse Herausforderung.

An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, dass durch die Einführung des neuen Finanzausgleichs und die neue Pflegefinanzierung einige Änderungen entstanden sind, die das Lesen des Budgets nicht vereinfachen.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist der Vorsteherin des Departements Finanzen übertragen bzw. für die einzelnen Departemente den jeweiligen Departementvorstehenden.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder

Beilagen:

(nur für die Mitglieder des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates sowie die Medien)

- Übersicht Stellenplanveränderungen auf Stufe Departemente
- Voranschlag Teil A (Übersichten Laufende Rechnung, Investitionsrechnung, funktionale Gliederung und Anhänge)
- Voranschlag Teil B (Globalbudgets und IAFP)
- Profitcenter-Bericht Stadtwerk Winterthur

Voranschlag 2012, Übersicht Stellenplanveränderungen

Refinanzierung:

Die Departemente zeigen auf, wie viele der zusätzlich budgetierten Stellen voll- oder teilrefinanziert sind. Von refinanzierten Stellen wird grundsätzlich gesprochen, wenn diese vollumfänglich oder mindestens zur Hälfte (50%) über Gebühren, über die Generierung zusätzlicher Einnahmen oder Verminderung von Ausgaben finanziert oder von Dritten wie z.B. Kanton/Bund abgegolten werden.

Die Spalte "Abweichung" weist die Differenz zwischen Stellenvermehrungen und Stellenverminderungen pro Departement aus. Da sich die Spalte "davon refinanziert" lediglich auf die geplanten Stellenvermehrungen pro Departement bezieht, kann der Anteil refinanzierter Stellen höher ausfallen als die Stellenplandifferenz.

Voranschlag 2012, Übersicht Stellenplanveränderungen

Departement	VA 2011	VA 2012	Abweichung	Davon Refinanziert
1 - Kulturelles und Dienste	194.75	200.15	5.40	0.00
2 - Finanzen	179.77	182.10	2.33	0.00
3 - Bau	300.00	301.60	1.60	0.50
4 - Sicherheit und Umwelt	364.21	370.08	5.87	0.00
5 - Schule und Sport	407.02	443.00	35.98	28.14
6 - Soziales	937.12	936.17	-0.95	1.10
7 - Technische Betriebe	708.43	708.19	-0.24	-0.84
8 - Behörden und Stadtkanzlei	19.95	19.95	0.00	0.00
Total	3'111.25	3'161.24	49.99	28.90

Zusammenfassung der Departemente

1 Kulturelles und Dienste

2.0 Personalamt: Betriebliches Gesundheitsmanagement und HR-Marketing/Rekrutierung sowie HR-Controlling (letzte Stellenschaffungen im Zusammenhang mit Umsetzung Personalamt 2010Plus)

1.1 Stadtentwicklung: dezentrale Anlaufstelle im stark wachsenden Wülflingen sowie aktive Bewirtschaftung Netzwerke und Aussenbeziehungen (Metropolitankonferenz, GZA etc.)

0.5 Bibliotheken: Aufstockung Studienbibliothek nach Neueröffnung mit ganztägigen Öffnungszeiten

-14.2 Städtische Institutionen: Verschiebung produktübergreifendes Personal (Reinigung, Aufsicht, Kassen-Aufsicht, Museumswartung, Stv. Museumswartung) auf Vorkostenstellen (gemäss Beschluss BSKK vom 15.11.10)

14.2 Vorkostenstellen Bauten: Verschiebung produktübergreifendes Personal (Reinigung, Aufsicht, Kassen-Aufsicht, Museumswartung, Stv. Museumswartung) auf Vorkostenstellen (gemäss Beschluss BSKK vom 15.11.10)

0.8 Bereichsleitung Kultur: Sicherstellung Stellvertretung und Abdeckung zusätzlicher Aufgaben

1.0 Departementssekretariat: Fachstelle "Projektportfolio-Controlling" für gesamtstädtische Koordination der zahlreichen Projekte

2 Finanzen

Bei den Produktgruppen Finanzkontrolle, Finanzamt und Steuerbezug ist keine Veränderung zum Budget Vorjahr zu verzeichnen.

Insgesamt weist das Departement Finanzen eine Abweichung von 2.33 Stellenprozenten auf.

Die Produktgruppe Informatikdienste weist eine Abweichung von 1.94 Stellenprozenten auf. Aufgrund der massiv gestiegenen Anforderungen an die Webinfrastruktur ist eine zusätzliche Webmasterstelle notwendig. Die anstehenden grossen Projekte der IDW bedingen eine zusätzliche Projektleiterstelle.

Auf die Produktgruppe Immobilien entfallen 0.19 Stellenprozent. Zwei neue Liegenschaftsübernahmen erfordern zusätzliches Reinigungspersonal mit einem Stellenvolumen von insgesamt 0.37 Stellenprozenten. Davon werden aber 0.17 Stellenprozent durch Wegfall der Doppelbesetzung im Bereich Grundbuchgeschäfte neutralisiert.

Das Departementsekretariat Finanzen weist eine Abweichung von 0.2 Stellenprozenten auf, die sich durch Stellvertretung des SR Sekretariats ergeben.

Zusammenfassung der Departemente

3 Bau

Der Stellenplan im Departement Bau erhöht sich im Vergleich zum Voranschlag 2011 von 300.00 Stellen um 1.60 Stelleneinheiten auf neu 301.60 Stellen.

Baupolizeiamt:

+0.50 Stelleneinheiten sind in der Feuerpolizei erforderlich infolge zusätzlichen Aufgaben für den Kanton. Diese Stelleneinheiten werden von der GVZ finanziert und sind für das Departement Bau kostenneutral.

+1.50 Stelleneinheiten fallen für das neue Kompetenzzentrum für Energie und nachhaltiges Bauen an.

-1.00 Stelleneinheiten fallen infolge Pensionierung in der Abteilung Aufzugskontrolle weg (befristete Stelle).

Amt für Städtebau:

+0.60 Stelleneinheiten sind für die zusätzlichen Aufgaben infolge Einführung des Zentralen Immobilienmanagement (ZIM) für die Bauzustandserfassung in der Abteilung Hochbau Dienste notwendig.

4 Sicherheit und Umwelt

Gegenüber dem VA 2011 ist im VA 2012 eine Zunahme der Stellen um insgesamt 5.87 Einheiten geplant. Die Änderungen sind nachfolgend zusammengefasst.

Stadtpolizei + 3.37: Verstärkung der Polizeipräsenz im öffentlichen Raum, unterjähriger Übertritt von Absovierenden der Polizeischule

Feuerwehr + 1.00: Tagdienststelle "Brandschutz- und Einsatzplanung"

Umwelt- und Gesundheitsschutz + 1.50: Zusätzliche Personalressourcen für die Erfüllung von neuen Aufgaben

Zusammenfassung der Departemente

5 Schule und Sport

Der Stellenplan 2012 (Total 443.00) im Departement Schule und Sport erhöht sich im Vergleich zum Voranschlag 2011 (Total 407.02) um 35.98 Stellen.

Der Stadtrat hat mittels Beschluss

- SR.11.593-1 vom 25.5.11 die Leitungsstelle Erwachsenenbildung von 0.40 Stellen und
- SR.11.449-1 vom 20.4.11 die Bereichsleitung Berufsbildung als unbefristete Stelle (0.33 Stellen) umgewandelt und 0.17 Stellen geschaffen.

Somit erhöht sich der Stellenplan 2012 gegenüber dem bereinigten Stellenplan 2011 (Total 407.59 entspricht bewilligtem Stellenplan 2011 zuzüglich den oben erwähnten SRB) um effektiv 35.41 Stellen. Davon sind 28.14 Stellen (teilweise oder vollständig) refinanziert.

Bereinigung Stellenplan: Erhöht Transparenz gegenüber Parlament

Im Stellenplan sollen in Zukunft nicht regelmässig anfallende Stunden (für Reinigung sowie für Reinigung Optinutz) auch ausgewiesen werden. Dies ist ein Philosophiewechsel, der zu keinen Mehrkosten führt.

Departementsstab:

+ 0.10 Stellen

Pensenaufstockung im Bereich der Personalassistentz (+ 0.40) in der Personalabteilung, teilweise mit Stellenverschiebungen kompensiert.

PG Volksschule:

+ 31.40 Stellen

Bedarfsgerechte Schülergänzende Betreuung (+ 1.81) zusätzlicher Bedarf an Plätzen.

Ausbau der Schulsozialarbeit (+ 3.30)

Reinigung und Hauswartung im Nebenamt im neuen Schulhaus Wyden (+ 0.88) für den ganzjährigen Betrieb. Genauer Stellenbedarf war im VA11 noch nicht bekannt.

Pensenschaffung für die Hauptreinigung (+ 14.11) in den Schulhäusern der Volksschule. Stunden werden bereits heute geleistet. Die Stellenschaffung führt zu keinen Mehrkosten.

Pensenschaffung für Reinigung im Optinutz (+ 11.50) in den Schulhäusern, Turnhallen der Volksschule. Die Stunden werden bereits heute geleistet. Die Stellen waren im 2010 durch die Vermietungen voll finanziert. Die Stellenschaffung führt zu keinen Mehrkosten.

Befristete Fachstellen(- 0.81) laufen im Herbst 2011 aus, sowie Stellenverschiebungen (+ 0.61) mittels Sammelantrag 11 im Rahmen der bewilligten Stellen.

PG Sonderschulen:

+ 1.55 Stellen

Zusammenfassung der Departemente

Pensenbereinigung bei der Stellvertretung Hauswartung, Reinigung und Reinigung Optinutz (+ 0.46), Mehrbedarf aufgrund von effektiven Erfahrungswerten.
Bedarfsgerechte Betreuung in den städtischen Sonderschulen sowie Betreuung der Integrierten Sonderschulung in Regelklassen (+ 1.72), teilweise mit Stellenverschiebungen kompensiert.

PG Familienergänzende Angebote (Bereich Familie und Jugend):

+ 1.4 Stellen

Pensenaufstockung für Sozialpädagogen (+ 0.20) für neue Gruppe von Jugendlichen im Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur. Das KJH Oberwinterthur ist vollständig refinanziert.
Stellenumwandlung für die Leitung Erwachsenenbildung (+ 0.40) aus dem Bereich der Lehrpersonen (kostenneutral), sowie verschiedene Stellenverschiebungen (+ 0.80) mittels Sammelantrag 11 und Voranschlag 12.

PG Berufsbildung:

+ 0.68 Stellen

Zusätzliche Stelle (+ 0.60) in der Administration für die Umsetzung des Qualitätsmanagements in den Berufsvorbereitungsjahren und Assistenz der Bereichsleitung, teilweise mit Stellenverschiebungen kompensiert.

Pensenaufstockungen im Bereich der Administration Werkjahrschule und Werkstatt msw (+ 0.30).

Pensenbereinigung bei den Reinigungsstunden (0.08) bei der Werkjahrschule, bisher waren diese Stunden nur als Geldbetrag budgetiert und nicht als Stellenwert.

PG Sportamt:

+ 0.85 Stellen

Pensenbereinigung für Kasse Eishalle, Mitarbeitende arbeiten nur während Wintermonate (halbjährlich), bisher wurde nur Geldbetrag budgetiert und nicht der Stellenwert.

Der Stellenplan VA 2012 wurde erstmals in der aktuellen Struktur, resp. den Produktgruppen angepasst. Mittels Sammelantrag 2011 wurde der Stellenplan auf die neue Kostenstellenstruktur, bzw. neuen Produktgruppen (PG Volksschule, PG Sonderschulung, PG Familienunterstützende Angebote) umgeteilt.

Die Umteilung vom VA11 (alte Kostenstellen) zu VA12 wurde wie folgt vorgenommen:

Zusammenfassung der Departemente

511 Departementsstab SS beinhaltet neu:

511 Departementsstab

521 Finanz- + Rechnungswesen

523 Personalabteilung

514 Volksschule beinhaltet neu:

512 Behörden

524 Schul- und Sportbauten

531 Volksschule

574 Fam. Kinderbetreuung, Tagesstrukturen

575 Schuldienste (teilweise), Stab Bildung, unterstützende präventive Dienste

534 Sonderschulung beinhaltet neu:

575 Schuldienste (teilweise), Städtische Sonderschulen und Abteilung Sonderpädagogik (Administration)

576 Familienunterstützende Angebote beinhaltet neu:

575 Schuldienste (teilweise), Familienunterstützende Angebote und Kinder- und Jugendheim

580 Berufsbildung, Erwachsenenbildung

580 Berufsbildung:

Neu ohne die Erwachsenenbildung

522 Materialverwaltung und 590 Sportamt haben keine Anpassungen erfahren.

Herleitung der Spalte VA2011 bei den PG 514, 534 und 576:

Die bisherigen Kostenstellen 512 (13.00 Stellen), 524 (2.80 Stellen), 531 (120.25 Stellen), 574 (81.40 Stellen) und 575 (106.26 Stellen) umfassen insgesamt 323.71 Stellen.

Diese Stellen (VA2011) verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Kostenstellen:

514 Volksschule: 260.15 Stellen

534 Sonderschulung: 42.26 Stellen

576 Familienunterstützende Angebote: 21.30 Stellen

Total: 323.71 Stellen

Zusammenfassung der Departemente

6	Soziales	<p>Im Departement Soziales reduziert sich der Stellenplan um 0.95 Stellen. Bei der Spitex werden für die erhöhte Nachfrage 2.15 Stellen geschaffen, davon sind 1.1 Stellen durch zusätzliche Erträge refinanziert. Bei der Sozial- und Erwachsenenhilfe werden aufgrund der Fallzunahmen 1.2 Stellen im Gesetzlichen Betreuungsdienst, 0.8 Stellen in der Zentralen Anlaufstelle und 1 Stelle in der Sozialberatung geschaffen. Bei der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte reduzieren sich die Stellen infolge der Schliessung des Restaurant Römerparks um 6.1 Einheiten. Zwischen der Jugend- und Familienhilfe, der Sozial- und Erwachsenenhilfe, dem Asylwesen, der Bereichsleitung Soziale Dienste und dem Departementssekretariat kommt es zu verschiedenen neutralen Verschiebungen.</p>
7	Technische Betriebe	<p>Der Stellenplan im Departement Technische Betriebe reduziert sich um 0.24 Stellen.</p> <p>Stadtwerk: -4.2 Stellen, eigenfinanziert. Die im VA2011 budgetierten Stellen für das Glasfasernetz werden um -6.0 Stellen korrigiert. Für 2012 ist ein Aufbau von 1.8 Stellen geplant.</p> <p>Stadtbus: 2.66 Stellen, finanziert durch ZVV. Netzmanagement: Pensionierung Sachbearbeiter -0.42. Kommunikation und Marketing: Pensionierung Leiter Verkauf -0.33. Fahrdienst: Angebotserweiterung +3.41.</p> <p>Forstbetrieb: Keine Veränderung.</p> <p>Stadtgärtnerei: 1.00, Teilfinanziert 0.70 durch Kremationserträge. Für den Betrieb des Krematoriums muss aus Kapazitäts- und Sicherheitsgründen eine 3. Stelle geschaffen werden, damit ein steter Zweipersonen-Betrieb gewährleistet werden kann. Die Kremationen haben seit Betriebsaufnahme um rund 400 zugenommen (CHF 200'000 Ertrag).</p> <p>Departementssekretariat: 0.30, ergebnisrelevant. Gemäss SR.11.346-1: Stellenübertragung und -schaffung betriebswirtschaftliche(r) Fachmitarbeiter(in). Das DTB hatte bisher als einziges Departement keine Controller-Funktion im Departementsstab. Zudem wird angestrebt, den Departementssekretär zu entlasten und eine ordentliche Stellvertretungsregelung zu gewährleisten.</p>
8	Behörden und Stadtkanzlei	